

«Weder soziale Hängematte noch Ellenbogengesellschaft»

Freisinnige Leitlinien zur Sozialpolitik vorgestellt

Unter dem Titel «Kein Sozialabbau – Sichern des Bewährten» hat die freisinnige Partei der Schweiz am Dienstag bei einer Pressekonferenz in Bern ihre Leitlinien zur Sozialpolitik dargelegt (vgl. Frontseite). Das Positionspapier

ist vom FDP-Ausschuss für Sozialpolitik erarbeitet und vom Delegiertenrat Ende Juni gutgeheissen worden. Einer seiner Kernsätze lautet: «Wir wollen weder die soziale Hängematte noch die Ellenbogengesellschaft.»

■ VON VERENA THALMANN

Der Grundtenor des Dokuments lautet: Das schweizerische System der sozialen Sicherheit hat sich bewährt, doch steht es vor neuen Herausforderungen. Genannt werden insbesondere der gesellschaftliche Wandel und neue Formen der Armut. Änderungen drängten sich in mehreren Bereichen auf. Hier einige Beispiele:

Der Generationenvertrag dürfe nicht mehr als Einbahnstrasse von Jung zu Alt verstanden werden. Die Sozialpolitik müsse vermehrt die Ursachen der Mängel beheben. So seien neue Arbeitsmodelle einzuführen, das soziale Engagement aufzuwerten und die Diskriminierung der Frauen zu vermeiden. Weiter gelte es, die Selbstverantwortung und eigene Anstrengungen zu fördern.

Die Sozialversicherungen müssten flexibler werden. Durch ihre starre Ausrichtung auf eine lebenslängliche, ungebrochene Vollzeitbeschäftigung benachteiligten sie einkommensschwache Erwerbstätige und Teilzeitbeschäftigte. Das Gesamtsystem brauche mehr Transparenz und bessere Koordination.

Rentenalter angleichen

Etwas konkreter wird es bei der Umsetzung der Leitlinien:

- Zur AHV wird festgehalten, sie brauche zusätzliche Einnahmen. Dabei sei auch die Angleichung des Rentenalters für Frauen und Männer «unvoreingenommen anzugehen». Der Faktor Arbeit dürfe nicht zusätzlich belastet werden. Die zweite Säule benachteilige vor allem viele Frauen; hier dürfe nicht mehr zwischen Voll- und Teilzeit unterschieden werden. Und bei der dritten Säule wird verlangt, dass das steuerbegünstigte Sparen auch nichterwerbstätigen Frauen offensteht.

- Bei der Arbeitslosenunterstützung gebe es falsche Anreize für einen Leistungsbezug; die Leistungen seien daher zeitlich zu begrenzen. Die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung müsse von Grund auf überprüft werden.

- Der steigenden Tendenz, ausgesteuerte Arbeitslose zu invalidisieren, sei «mit geeigneten Massnahmen» zu begegnen. Mehreinnahmen bei der IV seien nur im äussersten Fall in Betracht zu ziehen –

und wenn schon, dann nicht über Lohnprozente, sondern eher über eine Konsumsteuer. Die Hilflosenentschädigung solle durch eine Assistenzentschädigung ersetzt werden.

- Ziel einer Mutterschaftsversicherung sollte eine gesamtgesellschaftliche Solidarisation sein. Die Finanzierung dürfe nicht über Lohnprozente erfolgen.

- Im Gesundheitswesen müsse der Wettbewerb verstärkt werden. Den Versicherten sollten vermehrt Anreize zu kostengünstigem Verhalten geboten werden.

- Die heutige Praxis der Fürsorge verlängere die Abhängigkeit von Sozialhilfe. Auch in diesem Bereich müssten die Integration und die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt gefördert werden.

Unter dem Titel «Grenzen des sozialen Ausgleichs» hält das Positionspapier fest, dass die Finanzierung über Lohnprozente an Grenzen gestossen sei. Auch steuerlich seien die Solidaritäten «nicht mehr beliebig strapazierbar». Die weitere Expansion der Sozialausgaben drohe andere Ausgaben (z. B. Investitionen) zu verdrängen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu vermindern.

Neben der demographischen Entwicklung werde das künftige Wirtschaftswachstum darüber entscheiden, ob die Zielsetzungen der Sozialpolitik längerfristig garantiert werden könnten. Allein für die Finanzierung der heutigen Altersleistungen wäre ein reales Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent pro Jahr unerlässlich. Dieser Satz sei in den letzten Jahren nicht erreicht worden. Wer mit höheren Quoten rechne, handle unverantwortlich.

Was wollen die ändern?

Die FDP ist die bisher einzige Partei, die vor dem Wahlherbst der Sozialpolitik eine eigene Pressekonferenz gewidmet hat. Um zu wissen, was die ändern Bundesratsparteien zu diesem Thema zu sagen haben, werfen wir einen Blick in ihre Programme.

Die CVP postuliert einen Umbau des Sozialversicherungssystems und eine «Neue Solidarität». Darunter versteht sie eine stärkere Verantwortung des einzelnen gegenüber der Gesellschaft und die gezielte Hilfe an Einkommensschwächere. Ständerätin Rosmarie Simmen sprach in diesem Zusammenhang von einer Abkehr vom Giesskannenprinzip.

Im Sinne einer Stärkung der Familie fordert die CVP eine Mutterschaftsversicherung für alle Mütter. Bei der ersten und zweiten Säule lehnt die Partei zusätzliche Lohnprozente ab und verweist auf die Mehrwertsteuer.

Die SVP fordert in ihrem Schwerpunktprogramm 95 eine umfassende Überprüfung der Sozialwerke und Fürsorgeeinrichtungen. Sie ist gegen neue Lohnprozente und generelle Massnahmen nach dem Giesskannenprinzip und für eine vermehrte Flexibilität bei der Ausrichtung von Fürsorgeleistungen. Schliesslich verlangt sie eine «finanziell tragbare» Mutterschaftsversicherung für alle Mütter.

Anders tönt es bei der SPS. Sie setzt auf einen weiteren Ausbau des Sozialstaates. Angesichts der sich ausbreitenden Armut hält sie einen Mehrbedarf an sozialen Leistungen für unausweichlich. Die SPS verlangt, dass das Recht auf Existenzsicherung in der Verfassung verankert wird. In diesem Zusammenhang seien die Ergänzungsleistungen gezielt auszubauen. Bei der Altersvorsorge tritt die SPS weiterhin für eine Stärkung der ersten Säule ein. (vth.)